



Russlandanalysen

Inhalt

<i>Russland zwischen den Wahlen. Hans-Henning Schröder, Bremen</i>	2
<i>Bewertung der Dumawahlen</i>	4
<i>Stimmung zum Jahreswechsel</i>	5
<i>Sowjetnostalgie und Anpassung an die neue Wirklichkeit</i>	7
<i>Chronik vom 16. Dezember 2003 bis 15. Januar 2004</i>	10

Russland zwischen den Wahlen

Von Hans-Henning Schröder, Bremen

Zusammenfassung

Das Dumawahlergebnis ist in der russischen Gesellschaft weithin positiv aufgenommen worden. Die Wiederwahl des gegenwärtigen Präsidenten, Wladimir Putin, kann daher als sicher gelten. Allerdings wird dieser wieder mit einer Reihe große Herausforderungen konfrontiert sein. Seine Politik muss Lösungen für die Minderung von sozialer Ungleichheit und Armut finden, sie muss Rezepte gegen Korruption und Kriminalität finden, das Wirtschaftswachstum fördern und Reformen im Sozial- und Gesundheitsbereich sowie in der Kommunalwirtschaft in Gang bringen. Bemühungen um Demokratisierung sind von Putin in seiner zweiten Amtszeit nicht zu erwarten – und damit entspricht er offenbar auch den Erwartungen der Wähler, die sich von ihm vor allem mehr Stabilität und ein besseres Leben erhoffen.

Russland zwischen den Wahlen

Hans-Henning Schröder, Bremen

Das politische Russland hat die Parlamentswahlen hinter sich und geht nun auf die Präsidentenwahlen am 14. März zu. Wie schon 1999 und 2000 ist auch diesmal der Ausgang des Wettstreits um die Präsidentschaft schon durch die Dumawahlen vorentschieden. Nachdem „Einiges Russland“, die Partei, die von der Exekutive massiv unterstützt wurde, einen Erdrutschsieg errang und nun im russischen Unterhaus über eine Zweidrittelmehrheit verfügt, kann am Sieg des gegenwärtigen Präsidenten kaum noch gezweifelt werden. Offenbar trägt eine große Mehrheit der Bevölkerung und der Eliten diesen Präsidenten und seine Politik.

Wahlen und Wahlergebnisse

Der Ausgang der Dumawahlen ist bekanntlich recht unterschiedlich wahrgenommen worden. Während die russische Führung ihren Wahlerfolg als Legitimation ihrer Politik versteht, haben russische Bürgerrechtler und ausländische Kommentatoren die Verzerrungen im Wahlkampf und insbesondere die schamlose Bevorzugung der Partei „Einiges Russland“ scharf kritisiert. Selbst die Beobachterkommission der OSZE, die sich 1999 trotz der massiven Diffamierung der Gegenkandidaten und der Behinderung von Oppositionspolitikern diplomatisch zurückhielt, hat diesmal deutliche Worte gefunden.

Die Mehrheit der russischen Wähler lässt sich von dieser Kritik indes nicht beeindrucken. Bei Umfragen bezeichneten über 40 Prozent der Respondenten den Wahlkampf 2003 als eher fair. Zwar neigte ein nahezu gleich großer Anteil dem Urteil zu, der Wahlkampf sei unfair gewesen, doch im Vergleich zur Wahlkampagne von 1999 sahen viele Befragte offenbar eine positive Entwicklung (Tabelle 1). Mag sein, dass diese Wahrnehmung damit zusammenhängt, dass sich 2003 nicht wie 1999 zwei große Wahlblöcke gegenüberstanden, die heftig miteinander polemisierten und sich gegenseitig mit Schmutz überschütteten. Die hochprofessionelle Nutzung der elektronischen Medien durch die Exekutive wurde von großen Wählergruppen offenbar nicht als Verletzung demokratischer Anstandsregeln wahrgenommen. Verblüffend ist ein anderes Ergebnis derselben Umfrage: nur ein Fünftel der Befragten geht davon aus, dass bei der Auszählung keine Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, doch zugleich ist die überwiegende Mehrheit mit dem Ausgang der Wahlen zufrieden (Tabellen 2 und 3). Wahlfälschungen, wie sie offensichtlich in einigen Regionen vorgekommen sind, delegitimieren den Abstimmungsvergung demnach in den Augen der Mehrheit nicht.

Auch das Verschwinden der Opposition wird nicht als Problem wahrgenommen. Die vernichtende Niederlage, die liberal und demokratisch orientierte Kräfte wie „Jabloko“ und „Union der Rechten Kräfte“ erlitten haben, bewegt die Mehrheit der Bevölkerung ebenso wenig wie der politische Absturz der Kommunistischen Partei. Offenbar gibt das Wahlergebnis – ungeachtet aller Kritik an Wahlkampf und Auszählung – eine breite gesellschaftliche Grundstimmung wieder. Die Voraussage, dass sich Putin im März bereits im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit durchsetzen wird, fällt daher leicht.

Die Präsidentenwahl

Für den amtierenden Präsidenten birgt allein das Quorum ein gewisses Risiko: die Präsidentenwahl ist nur gültig, wenn die Wahlbeteiligung 50% übertrifft. Im Dezember hatten gerade 56% der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben, im März könnte angesichts des erwarteten sicheren Ausgangs ein Teil dieser Wähler zu Hause bleiben. Die Präsidentschaftsadministration hat aus diesem Grunde schon begonnen, Wähler durch PR-Kampagnen zu mobilisieren. Eine gewisse Hoffnung schöpft sie auch daraus, dass die Wahlbeteiligung bei Präsidentenwahlen bisher in der Regel 4–8% höher war als bei den Dumawahlen.

<i>Dumawahlen</i>	1993	1995		1999	2003
	54,37%	64,38%		60,43%	55,60%
<i>Präsidentenwahlen</i>		1996		2000	2004
		69,80%	68,89%	68,64%	

Ein zweites Problem erwächst Putin daraus, dass er keine ernsthaften Mitbewerber hat. Weder im liberalen Lager noch bei den Kommunisten wollten sich namhafte Politiker dazu hergeben, als bloße Zählkandidaten zu fungieren. Damit verliert der Wahlgang aber als Akt politischer Legitimation an Bedeutung. Das spielt innenpolitisch gewiss keine Rolle – hier ist die Legitimation Putins unbestritten –, doch im Ausland büßt der Präsident an demokratischer Reputation ein. Daher hat die Präsidentschaftsadministration Anstrengungen unternommen, namhafte Politiker zur Kandidatur zu bewegen. Nun treten mit Irina Chakamada („Union der Rechten Kräfte“) und Sergej Glasjew („Heimat“) zwei Personen an, die einen gewissen Bekanntheitsgrad genießen, Putins überlegenen Wahlsieg aber nicht gefährden können.

Der Präsident, der voraussichtlich vier weitere Jahre regieren wird – und zwar mit einer mehr als komfortablen Majorität in der Duma –, steht dessen ungeachtet vor

einer schwierigen Aufgabe. Gewiss schlägt für ihn positiv zu Buche, dass die Grundstimmung in der Gesellschaft gegenwärtig eher optimistisch ist (Abbildung 1 und 2 sowie Tabelle 3). Er kann sich in der Gesellschaft auf eine breite Mehrheit stützen, die ihm vertraut. Doch es gibt eine ganze Reihe von Fragen, auf die die Putin-Administration in den nächsten Jahren Antworten geben muss.

Große Erwartungen

Das Grundproblem der russischen Politik ist die tiefe soziale Kluft, die seit der ersten Hälfte der neunziger Jahre die Mehrheit der Gesellschaft von der kleinen Gruppe der Begüterten und Reichen trennt. Nur etwa 10–15% der Russen verfügen über genug Mittel, um die Vorteile der Marktwirtschaft mit ihrem breiten Warenangebot wirklich wahrzunehmen. Etwa die Hälfte der Bevölkerung kann gerade die notwendigsten Lebensbedürfnisse befriedigen – ein Teil von ihnen nicht einmal das (Tabelle 5 und 6). Sie nehmen ihre gegenwärtige Lage als Abstieg dar, als deutliche Verschlechterung gegenüber früheren Zeiten. Bei den Dumawahlen haben wenigstens 40% der Wähler Protestparteien wie LDPR, KPRF, „Heimat“, „Partei der Pensionäre“ und der „Agrarpartei“ ihre Stimme gegeben. Eine clevere politische Regie hat dafür gesorgt, dass die Stimmen aufgesplittert wurden und die gewählten Parteien politisch gewichtslos sind, doch das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in der Gesellschaft ein erhebliches Protestpotential gibt. Bekämpfung der Armut und eine Milderung der innergesellschaftlichen Gegensätze muss eine Aufgabe der Putin-Administration sein. Doch hier sind ohne ein anhaltendes hohes Wirtschaftswachstum kaum Erfolge zu erzielen. Aus diesem politischen Notstand erklärt sich im übrigen auch Putins ökonomisch dilettantische Forderung nach einer Verdoppelung der wirtschaftlichen Wachstumsrate.

Auch wenn diese Forderung bisher nicht erfüllt worden ist, so verzeichnet Russland in den letzten Jahren doch ein fortgesetztes Wirtschaftswachstum, das mit einem begrenzten Reallohnzuwachs verbunden ist. Allerdings basiert diese Entwicklung im Wesentlichen immer noch auf den hohen Energiepreisen, von denen Russland als Öl- und Gasexporteur profitiert. Der Ausbau der verarbeitenden Industrie geht nur langsam voran. Die Verbreiterung der Inlandsnachfrage ist angesichts des hohen Armutsanteils nur schwer zu bewerkstelligen. Aufgabe der Administration muss es sein, vermehrt Kapital ins Land zu holen, um Arbeitsplätze zu schaffen und die eigene Industrie zu fördern. Das Vorgehen gegen eines der erfolgreichsten russischen Unternehmen – Jukos –, das auf dem Wege war, sich zu einem transnationalen Konzern zu entwickeln, wirkt ganz gewiss kontraproduktiv,

zumal daraus abgelesen werden kann, dass einflussreiche Akteure in der Präsidentenadministration unfähig sind, komplexe wirtschaftspolitische Zusammenhänge zu verstehen.

Nur auf der Basis einer expandierenden Wirtschaft kann die russische Regierung den Ausbau der sozialen Sicherungen und der Gesundheitsversorgung in Angriff nehmen, die so dringend nötig sind. Auch die Reform der Kommunalwirtschaft, die notwendig mit einer Erhöhung der Kosten für Strom, Wasser, Entsorgung usw. einhergeht, ist politisch nur durchsetzbar, wenn der allgemeine Lebensstandard fühlbar ansteigt. Ob die Putin-Administration wirklich den Mut findet, diese wichtigen – wenngleich schmerzhaften – Reformen in Angriff zu nehmen, muss bezweifelt werden, auch wenn sie in der Duma gewiss nicht behindert werden wird.

Der Kampf gegen Kriminalität und Korruption ist in den letzten Jahren nicht vorangekommen, obgleich er hohe Priorität genoss und der Präsident sich persönlich dafür eingesetzt hat. Ein einleuchtendes Konzept, wie man dieses Übel wirksam bekämpfen kann, liegt nicht vor. Auch für die Beendigung des Tschetschenienkriegs, der trotz gegenteiliger Versprechungen seit vier Jahren fortschwelt, gibt es von russischer Seite keine plausible politische Strategie. Das ist auch deshalb ein Problem, weil das Gewaltregime, das im Bürgerkriegsgebiet aufrechterhalten wird, die Putin-Regierung nach außen und nach innen kompromittiert.

Putin ist also auch in seiner zweiten Amtszeit mit schwierigen Aufgaben konfrontiert und es steht abzuwarten, ob er daran geht, sie zu lösen – oder ob er und seine Umgebung sich stattdessen allein mit Machtsicherungsspielen und Nachfolgedebatten befassen.

Defekte im Demokratieverständnis?

Schon jetzt ist deutlich, dass die Ansätze einer demokratischen Entwicklung, die es in Russland gegeben hat, unter der Ägide der Putin-Administration erheblich beschädigt worden sind. Nach wie vor fehlen organisierte gesellschaftliche Strukturen, die Interessen aggregieren und in Politik umsetzen. Kaum eine der vorhandenen Parteien überlebt ein oder zwei Wahlgänge. 2003 sind mit „Jabloko“ und der „Union der Rechten Kräfte“ ausgerechnet zwei der Parteien an der 5%-Klausel gescheitert, die seit 1993 regelmäßig an Wahlen teilgenommen haben und eine gewisse demokratische Tradition verkörperten. Stattdessen gewinnen „administrative Parteien“ immer mehr an Boden, die von der Exekutive gegründet und mit Ressourcen ausgestattet werden. Waren erste Versuche mit „Unser Haus Russland“ 1995 nicht sehr gelungen, so konnte man 1999 mit „Medwed-Einheit“

einen Teilerfolg verbuchen, der 2003 mit „Einiges Russland“ geradezu dramatisch ausgebaut wurde. Erfolgreich waren auch Parteigründungen wie „Heimat“, „Partei der Pensionäre“ u.a., die darauf zielten, das Wählerpotential oppositioneller Parteien aufzusplintern. Durch solche Manipulationen, für die vor allem die Präsidentialverwaltung verantwortlich ist, wird die Entstehung eines funktionierenden Parteiwesens aber nachhaltig behindert.

Tatsächlich gibt derzeit im politischen Leben Russlands Exekutive in Gestalt der Präsidentialadministration den Ton an. Neben ihr gibt es kaum eigenständige, politische Kräfte. Die wichtigsten Medien werden von ihr kontrolliert. Große Unternehmer und Gouverneure spielen anders als unter Jelzin keine unabhängige Rolle mehr, sie werden von der Präsidentialadministration diszipliniert und eingebunden. Für die Entfaltung von Zivilgesellschaft gibt es derzeit in Russland nur wenig Raum. Das spiegelt sich in den Einstellungen der Bürger wieder, von denen sich immer noch fast die Hälfte die Ruhe und Stabilität der Sowjetzeit zurückwünscht (Tabelle 7). In dieser Sehnsucht werden die fortwirkenden Schwierigkeiten sichtbar,

sich mit den Risiken von Markt und politischem Wettbewerb abzufinden. Bei der jüngeren Generation ist diese Breschnjew-Nostalgie weniger stark ausgeprägt – für sie ist das neue Russland schon normaler Alltag.

Der Sehnsucht nach der Vergangenheit widerspricht allerdings, dass viele Grundprinzipien der neuen Ordnung inzwischen weithin akzeptiert werden: so befürwortet in Umfragen eine absolute Mehrheit der Respondenten die Reisefreiheit, die unternehmerische Freiheit, das Recht auf Streiks und die Annäherung an den Westen. Auch für Pressefreiheit gibt es eine breite Zustimmung, wenngleich immerhin ein Drittel sie für schädlich hält. Mit einem politischen Regime à la Breschnjew lässt sich das alles kaum in Übereinstimmung bringen. Allein mit dem Mehrparteiensystem kann sich der überwiegende Teil der Befragten nicht anfreunden (Tabelle 8). Dennoch ist die verbreitete Sowjetnostalgie wohl weniger ein politisches Konzept als eine Reaktion auf die Unsicherheiten des heutigen Alltags. Und der Präsident Wladimir Putin und die Partei „Einiges Russland“ werden gewissermaßen als Garanten für die Stabilisierung des Alltags aufgefasst.

Über den Autoren

Prof.Dr. Hans-Henning Schröder arbeitet an der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen.

Bewertung der Dumawahlen

Tabelle 1: Bewertung des Wahlkampfes

Was denken Sie, war der Wahlkampf...	1999	2003
Vollkommen, ziemlich fair	30%	42%
Nicht sehr fair, ganz unfair	50%	38%
Weiß nicht	20%	19%

Tabelle 2: Unregelmäßigkeiten bei den Dumawahlen?

Was denken Sie, gab es bei der Stimmenausrählung dieser Wahlen Unregelmäßigkeiten?	1999	2003
Es gab keine Unregelmäßigkeiten	16%	19%
Es gab unbedeutende Unregelmäßigkeiten	22%	35%
Es gab ziemlich bedeutende Unregelmäßigkeiten, doch sie haben kaum den Ausgang der Wahlen beeinflusst	14%	13%
Es gab bedeutende Unregelmäßigkeiten, die den Ausgang der Wahlen wesentlich beeinflusst haben	5%	4%
Weiß nicht	42%	29%

Tabelle 3: Akzeptanz der Dumawahlen

Sind Sie insgesamt mit den Ergebnissen der Abstimmung zufrieden	1999	2003
Vollkommen zufrieden	21%	26%
Eher zufrieden als unzufrieden	34%	34%
Eher unzufrieden als zufrieden	16%	16%
Völlig unzufrieden	9%	9%
Weiß nicht	20%	15%

Nach Angaben des VCIOM-A, Dezember 2003 <<http://www.vciom-a.ru/>>

Stimmung zum Jahreswechsel

Abbildung 1: Wie bewerten Sie das vergangene Jahr?

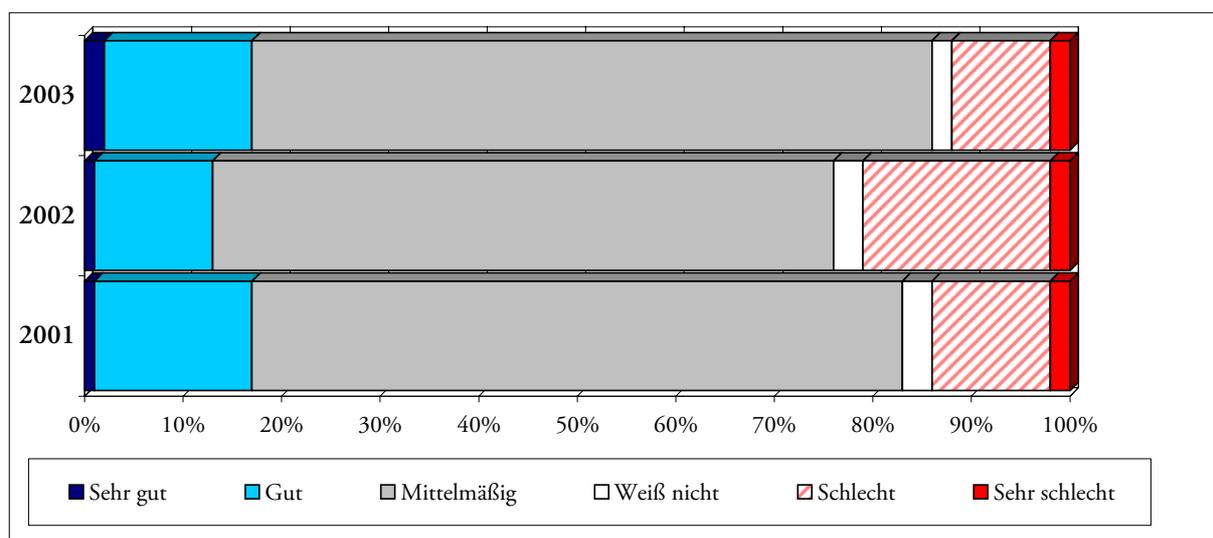
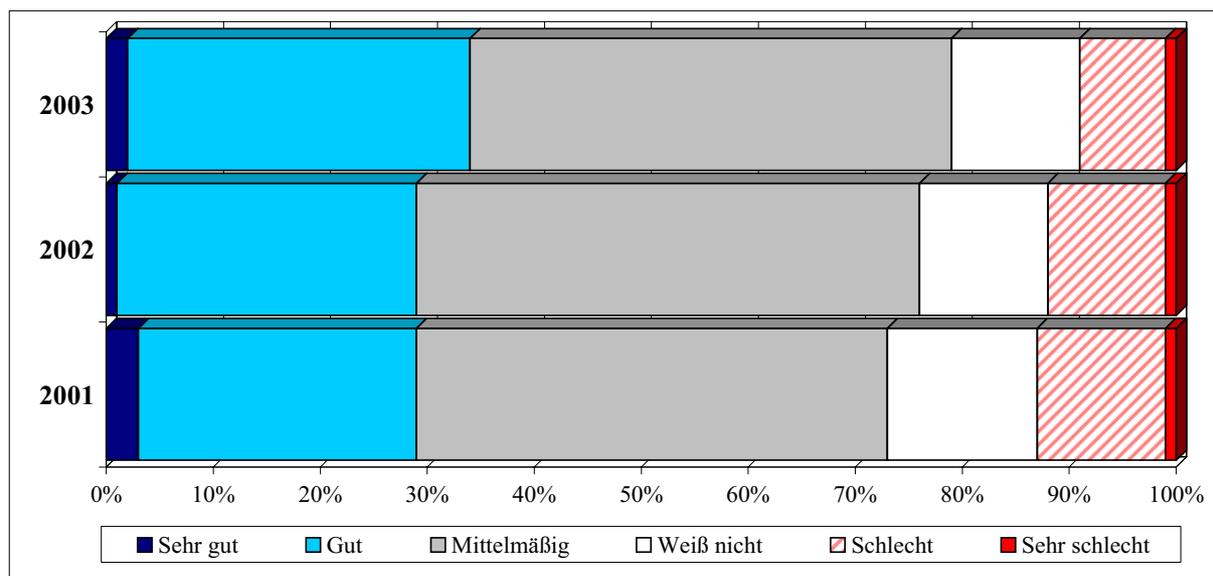


Abbildung 2: Wie sind Ihre Erwartungen für das kommende Jahr?



Nach Angaben des VCIOM-A, Dezember 2003 <<http://www.vciom-a.ru/>> (Befragung jeweils am Ende des Jahres)

Tabelle 4: Welche Ereignisse des Jahres 2003 halten Sie für die wichtigsten?

1	Der Krieg im Irak, die Besetzung des Irak durch die USA und ihre Bündnispartner	41%
2	Die Terrorakte, die Bomben in Moskau und dem Nordkaukasus	29%
3	Der Untergang des U-Bootes K-9 in der Barentssee	28%
4	Die weltweite SARS-Epidemie	26%
5	Die Verhaftungen bestechlicher Polizisten, der Kampf gegen die Korruption in den Sicherheitsorganen	25%
6	Die Dumawahlen	22%
7	Der politische Umsturz in Georgien	22%
8	Die Jukos-Affäre, die Verhaftung Chodorkowskij	20%
9	Die Abstürze russischer Flugzeuge	19%
10	Die Verabschiedung des Gesetzes über zivilen Ersatzdienst	13%
11	Die 300-Jahr-Feier von Sankt Petersburg	11%
12	Die Einführung des einheitlichen Staatsexamens in den Schulen	10%
13	Die Teilnahme Russlands an der Fußballeuropameisterschaft 2004 in Portugal	10%
14	Die Verabschiedung des Gesetzes über die Kfz-Haftpflichtversicherung	9%
15	Der russisch-ukrainische Konflikt um die Meerenge bei Kertsch	9%
16	Die Terrorakte und der Partisanenkrieg im Iran	7%
17	Der Kauf des Fußballklubs „Chelsea“ durch Roman Abramovitsch	7%
18	Die regionalen/lokalen Wahlen	7%
19	Das G8-Treffen, Putins internationale Kontakte	6%
20	Die Katastrophe des Weltraumshuttle „Columbia“	5%
21	Der Wechsel des Gouverneurs von Sankt Petersburg	5%
22	Die Meinungsverschiedenheiten der führenden NATO-Ländern (Deutschland und Frankreich gegen die USA)	5%
23	Der Wechsel in der Führung der russischen Fußballnationalmannschaft	5%
24	Volksabstimmung und Präsidentenwahlen in Tschetschenien	4%
25	Der Tod des Abgeordneten S. Juschenkow	4%
26	Die Schließung des Fernsehsenders TWS	3%
27	Der Rücktritt Woloschins als Leiter des Präsidialapparats	3%
28	Die Vorführung nationaler Fernsehserien	3%
29	Der zweite Platz von „Tatu“ im europäischen Schlagerwettbewerb	3%
30	Die Stromversorgungsausfälle in den USA und Kanada	2%
31	Der Sieg des Films von Swjaginzew „Die Rückkehr“ bei Filmfestival in Venedig	2%
32	Weiß nicht	4%

Nach Angaben des VCIOM-A, Dezember 2003 <<http://www.vciom-a.ru/>>

Sowjetnostalgie und Anpassung an die neue Wirklichkeit

Tabelle 5: Bewertung der eigenen sozialen Lage, Ende 2003

<i>Zu welcher der folgenden Gruppen rechnen Sie sich?</i>	<i>In diesem Jahr</i>	<i>Im vorigen Jahr</i>
Wir kommen kaum zu Rande. Das Geld reicht nicht einmal für Lebensmittel	16,6%	15,0%
Für Lebensmittel reicht das Geld, aber bei Kleidung wird es schwierig	36,2%	36,7%
Das Geld reicht für Lebensmittel und Kleidung. Aber der Kauf langlebiger Konsumgüter (Fernseher, Kühlschrank) ist ein Problem	33,4%	34,9%
Wir können langlebige Konsumgüter ohne weiteres kaufen. Aber richtig kostspielige Güter können wir uns nicht leisten.	12,1%	9,6%
Wir können uns kostspielige Güter leisten: Wohnung, Datscha usw.	1,1%	1,2%
Keine Antwort	0,6%	2,5%
	100,0%	99,9%

Tabelle 6: Bewertung der materiellen Lage 2001–2003

<i>Leute richten ihr Leben unterschiedlich ein, passen sich in verschiedenem Maße an die Bedingungen an. Welche der folgenden Aussagen beschreibt am besten Ihre Einstellung zum heutigen Leben?</i>	<i>Antworten 2001</i>	<i>Antworten 2002</i>	<i>Antworten 2003</i>
Ich muss mich drehen und wenden, jede Möglichkeit ergreifen, um mir und meiner Familie ein erträgliches Leben zu sichern.	26%	25%	29%
Ich habe mich daran gewöhnt, nicht mehr mein gewöhnliches Leben zu führen und mich im großen und im kleinen zu beschränken.	30%	27%	26%
Ich lebe wie früher, für mich hat sich in den letzten Jahre nichts besonderes geändert.	16%	22%	20%
Mir ist es gelungen, die neuen Möglichkeiten zu nutzen, um im Leben Besseres zu erreichen.	7%	7%	8%
Residuum	21%	19%	17%
Zusammen	100%	100%	100%

Tabelle 7: Sehnsucht nach 1985

<i>Wäre es besser, wenn alles im Lande geblieben wäre wie vor 1985?</i>			
	<i>Antworten 1994</i>	<i>Antworten 1999</i>	<i>Antworten 2003</i>
<i>Alle Befragten</i>			
Einverstanden	44%	58%	44%
Nicht einverstanden	34%	27%	35%
Residuum	22%	15%	21%
<i>16–24 Jahre</i>			
Einverstanden	28%	34%	16%
Nicht einverstanden	42%	42%	43%
Residuum	30%	24%	41%
<i>25–39 Jahre</i>			
Einverstanden	34%	46%	30%
Nicht einverstanden	41%	33%	49%
Residuum	25%	21%	21%
<i>40–54 Jahre</i>			
Einverstanden	45%	62%	49%
Nicht einverstanden	33%	27%	35%
Residuum	22%	11%	16%
<i>55 Jahre und älter</i>			
Einverstanden	62%	78%	71%
Nicht einverstanden	20%	14%	17%
Residuum	18%	8%	12%

Nach Angaben des VCIOM-A, Dezember 2003 <<http://www.vciom-a.ru/>>

Tabelle 8: Akzeptanz demokratischer Grundwerte

„Haben die folgenden Einrichtungen Russland mehr Nutzen oder mehr Schaden gebracht?“			
	Mehr Nutzen	Residuum	Mehr Schaden
<i>Freiheit des Wortes und der Presse</i>			
1994	53%	24%	23%
1999	47%	21%	32%
2003	49%	18%	33%
<i>Mehrparteiensystem</i>			
1994	29%	38%	33%
1999	21%	29%	50%
2003	29%	31%	40%
<i>Reisefreiheit</i>			
1994	45%	32%	23%
1999	43%	34%	23%
2003	61%	21%	18%
<i>Freiheit des Unternehmertums</i>			
1994	44%	28%	28%
1999	50%	25%	25%
2003	63%	18%	19%
<i>Recht auf Streiks</i>			
1994	23%	41%	36%
1999	32%	42%	26%
2003	41%	35%	24%
<i>Annäherung an den Westen</i>			
1994	47%	34%	19%
1999	38%	39%	23%
2003	55%	23%	22%

Nach Angaben des VCIOM-A, Dezember 2003 <<http://www.vciom-a.ru/>>

Chronik vom 16. Dezember 2003 bis zum 15. Januar 2004

16.12.2003	Staatsbesuch des Ministerpräsidenten Kasjanow in Tokio. Mit seinem japanischen Amtskollegen Koizumi erörtert er den Bau einer Erdölpipeline von Ostsibirien an die Pazifikküste.
17.12.2003	Als Privatbesuch deklariertes Aufenthalt des georgischen Außenministers Tedo Dschaparidse in Moskau. Bei den einstündigen Konsultationen mit dem russischen Ersten Stellvertretenden Außenminister, Valerij Loschtschinin, wird das ganze Spektrum der russisch-georgischen Beziehungen erörtert.
17.12.2003	Sprengstoffspezialisten des Inlandsgeheimdienstes FSB entschärfen eine Bombe, die in der Stadtverwaltung von Stawropol entdeckt wurde.
18.12.2003	Putin empfängt den chinesischen Verteidigungsminister.
18.12.2003	Präsident Putin stellt sich wie alljährlich in Radio und Fernsehen den Fragen der Bürger. Im Rahmen der Veranstaltung kündigt er seine Kandidatur für eine zweite Amtszeit als Präsident an.
20–21.12.2003	Der Kongress von „Jabloko“ beschließt, keinen Kandidaten für das Amt des Präsidenten Russlands aufzustellen. Diese Entscheidung begründet der „Jabloko“-Vorsitzende Grigorij Jawlinskij damit, dass unter den entstandenen Bedingungen „freie, gleichberechtigte, politisch wettbewerbsfähige Wahlen unmöglich sind“.
21.12.2003	Beim zweiten Wahlgang der Präsidentenwahlen in Baschkortostan setzt sich Amtsinhaber Murtasa Rachimow mit über 78% der Stimmen durch.
21.12.2003	Eine Delegation des irakischen Regierungsrates trifft in Moskau ein, um Gespräche mit Putin und russischen Geschäftsleuten zu führen. Putin bietet dem Irak wirtschaftliche Kooperation an und erklärt Russlands Bereitschaft, 65% der irakischen Schulden abzuschreiben.
22.12.2003	Auf Beschluss der Regierung Russlands geht die Russische Nachrichtenagentur (RIA) „Nowosti“ von der Zuständigkeit der Allrussischen staatlichen Fernseh- und Rundfunkgesellschaft (VGTRK) in die Zuständigkeit des Ministeriums für Angelegenheiten der Presse, des Rundfunks, des Fernsehens und der Massenkommunikationsmittel über.
28.12.2003	Der stellvertretende Innenminister Inguschetiens, Oberstleutnant Apti Chakijew, wird auf dem Heimweg in seinem Wagen von einem Scharfschützen der russischen Armee erschossen. Die Hintergründe der Tat sind unklar.
29.12.2003	Erste Sitzung der neugewählten russischen Staatsduma. Boris Gryslow, bisher Innenminister, wird mit 352 gegen 14 Stimmen zum Vorsitzenden gewählt. Ljubow Sliska und Alexander Schukow werden Erste Stellvertretende Vorsitzende, (beide „Einiges Russland“), Georgij Boos, Wjatscheslaw Wolodin, Oleg Morosow, Wladimir Pechtin, Artur Tschilingarow (alle „Einiges Russland“), Valentin Kupzow (KPRF), Dmitrij Rogosin (Heimat) und Wladimir Shirinowskij (LDPR) Stellvertretende Vorsitzende. Der Vorsitzende der provisorischen Geschäftsordnungskommission, Oleg Kowaljow (Einiges Russland) teilt mit, dass es vier Fraktionen gibt: „Einiges Russland“ (300 Abgeordnete, Vorsitz: Boris Gryslow), KPRF (52 Abgeordnete, Vorsitz: Gennadij Sjuganow), LDPR (36 Abgeordnete, Vorsitz: Igor Lebedew), Heimat (36 Abgeordnete, Vorsitz: Sergej Glasjew).
29.12.2003	Die Duma beschließt eine Änderung der Geschäftsführung, nach der nun zur Bildung einer Fraktion mindestens 55 Abgeordnete und nicht wie bisher 35 notwendig sind.
29.12.2003	Das Steuerministerium fordert von Jukos eine Steuernachzahlung in Höhe von 100 Mrd. Rubel (ca. 3,4 Mrd. US\$). Die Forderung bezieht sich auf den Zeitraum seit 2000.
29.12.2003	Die Energieminister Russlands und der Ukraine, Igor Jusufow und Serhiy Ermilow, unterzeichnen ein Kooperationsabkommen für das Jahr 2004.
30.12.2003	Russische Sicherheitskräfte nehmen einen der tschetschenischen Guerillakämpfer fest, die am 15. Dezember 9 russische Grenzsoldaten getötet hatten. Der Festgenommene war in einem Dorf zurückgeblieben, nachdem er seine Füße erfroren hatte.
1.1.2004	Das Gesetz „Über den alternativen Zivildienst“ tritt in Kraft. Die Dienstzeit beträgt 42 Monate in Einrichtungen außerhalb des Militärs oder 36 Monate in den Streitkräften.

1.1.2004	Putin ernannt den Ersten stellvertretenden Innenminister und Chef der Kriminalpolizei, Raschid Nurgalijew, zum amtierenden Innenminister. Das Amt ist vakant, nachdem Boris Gryslow Vorsitzender der Duma geworden ist.
5.1.2004	Russland kommt mit der Mongolei überein, ihr Schulden in Höhe von 10 Mrd. US\$ zu erlassen. Den Rest, 300 Mio. US \$, will die Mongolei durch eine Staatsanleihe aufbringen. Die hohen Schulden hatten sich in 70 Jahren sowjetisch-mongolischer Wirtschaftskooperation angesammelt.
5.1.2004	Der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Alexander Weschnjakow, teilt mit, dass 10 Präsidentschaftskandidaten die ersten Schritte zur Registrierung hinter sich gebracht haben. Vier politische Parteien haben Kandidaten aufgestellt: die KPRF – Nikolaj Charitonow, die LDPR – Oleg Malyschkin, die „Partei des Lebens“ den Vorsitzenden des Föderationsrates, Sergej Mironow, die „Russischen Regionen“ den früheren Präsidenten der Zentralbank, Viktor Gerastschenko. Darüber hinaus haben parteilose Wähler sechs Kandidaten aufgestellt: Präsident Putin, den Fraktionsvorsitzenden von „Rodina“, Sergej Glasjew, die Ko-Vorsitzende der „Union der Rechten Kräfte“, Irina Chakamada, den früheren Dumavorsitzenden Iwan Rybkin sowie die Unternehmer Wladimir Brynzalow (Abgeordneter von „Einiges Russland“) und Ansori Aksentjew-Kikalischwili. Die sechs nicht von Parteien aufgestellten Kandidaten müssen zur Unterstützung ihrer Kandidatur bis zum 28. Januar 2 Mio. Unterschriften sammeln.
6.1.2004	Ein Gericht in Krasnojarsk verurteilt die beiden Piloten, die den Hubschrauber flogen, bei dessen Absturz Alexander Lebed getötet wurde, wegen fahrlässiger Tötung zu vier bzw. drei Jahren Haft.
7.1.2004	Präsident Putin besucht den orthodoxen Weihnachtsgottesdienst in Susdal und besichtigt den Susdaler Kreml und das Grab von Dmitrij Poscharskij.
9.1.2004	Präsident Putin trifft zu einem offiziellen Besuch in Astana ein. Treffen mit dem Präsidenten Kasachstans Nursultan Nasarbajew. In den Gesprächen geht es um Fragen der außenpolitischen Orientierung Kasachstans und um die Lage seiner russischsprachigen Bevölkerung.
12.1.2004	Der Abgeordnete Gennadij Rajkov, früher Vorsitzender der Deputiertengruppe „Narodnyj deputat“ tritt der Fraktion „Edinaja Rossija“ bei. Damit umfasst diese nun über 300 Mitglieder und verfügt über eine verfassungsändernde Mehrheit in der Duma.
12.1.2004	Das Moskauer Stadtgericht verurteilt Adam Dekkuschew und Jusuf Krymschamchalow wegen Terrorismus, Mordes, Mitgliedschaft in gesetzwidrigen bewaffneten Verbänden, der gesetzwidrigen Herstellung, Lagerung und Transports von Sprengstoff, und des gesetzwidrigen Passierens der Grenze zu lebenslanger Haft. Den beiden Angeklagten wird vorgeworfen, bei den Bombenanschlägen in Moskau und Wolgodonsk im September 1999 beteiligt gewesen zu sein.
13.1.2004	Putin löst den Leiter der Hauptverwaltung Kontrolle der Präsidentialadministration, Jewgenij Lisov, ab und ersetzt ihn durch Valerij Nazarov, bisher Leiter der Petersburger Verwaltung für Staatseigentum.

Die Russlandanalysen werden gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wider.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit dem Herausgeber gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann

© 2003 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>